

Gemeinsamer Appell der Sozialpartner der deutschen Holzindustrie an die Bundesregierung

Pragmatische und bürokratiearme Umsetzung der EUDR – Schutz regionaler Lieferketten und Sicherung von Beschäftigung und industrieller Wertschöpfung in Deutschland

13.11.2025

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

sehr geehrte Bundesministerinnen und Bundesminister,

die Sozialpartner der deutschen Holzindustrie – der Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (HDH) und die Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) – wenden sich mit großer Sorge an Sie.

Zum 30. Dezember 2025 soll die **EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR)** in Kraft treten. Diese Regelung verlangt von allen Rohstoffproduzenten und nachgelagerten Akteuren eine vollständige Erfassung und Meldung von Herkunftsdaten in eine EU-Datenbank – eine Vorgabe, deren technische und organisatorische Umsetzung nach Einschätzung der Europäischen Kommission selbst bis zum Jahreswechsel nicht möglich sein wird. Gleichzeitig zeigt eine aktuelle Befragung durch den HDH: **Zwei Drittel der kleinen und mittelständischen Betriebe sind nicht umsetzungsfähig.**

Wir unterstützen das Ziel der EUDR, die globale Entwaldung zu stoppen, ausdrücklich. Wir finden es zudem richtig, dass mit der EUDR der Fokus des Kampfes gegen die Entwaldung auf die wesentlichen Ursachen gelenkt wurde: 50 Prozent der globalen Entwaldung ist auf die industrielle Landwirtschaft zurückzuführen, vorrangig für den Anbau von Ölpalmen und Sojabohnen. Weitere 40 Prozent entfallen auf die Viehbeweidung, sechs Prozent auf den Bau von Infrastruktur.

Wirtschaftliche und soziale Risiken

Die Branche befindet sich bereits jetzt in einer wirtschaftlich äußerst prekären Lage. Viele Betriebe leiden unter Auftragsrückgängen, hohen Energie- und Materialkosten sowie einem anhaltenden Investitionsstau. Die Umsetzung der EUDR in ihrer derzeitigen Form droht diese Situation drastisch zu verschärfen. Unternehmen, die ohnehin unter hohem Druck stehen, müssen zur Einführung und dauerhaften Umsetzung erhebliche Ressourcen aufwenden, um den Dokumentationspflichten nachzukommen – in einer Zeit, in der Liquidität und Planungssicherheit fehlen. Die Verordnung bleibt auch unter Berücksichtigung des neuen Vorschlags der EU-Kommission sehr bürokratisch, unverständlich und nimmt auch alle Unternehmen in die Dokumentationspflicht, die gar keine Produkte aus risikoreichen Ländern beziehen, sondern überwiegend regional handeln. Das würde nicht nur die Unternehmen weiter schwächen, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland und Europa treffen – durch eine sinkende Verfügbarkeit regionaler Holzprodukte.

Insbesondere regional verwurzelte Holzlieferketten – vom Wald bis zum Möbelhersteller – stehen vor dem Risiko des Abrisses der Lieferketten. Wenn die notwendigen digitalen Infrastrukturen nicht funktionsfähig sind und die Betriebe nicht durch pragmatische Lösungen zur Umsetzung in die Lage versetzt

werden, drohen Produktionsunterbrechungen, Kurzarbeit und im schlimmsten Falle Verluste von weiteren Arbeitsplätzen. Das wirtschaftliche Risiko ist durch die harten Sanktionen der Verordnung immens, weshalb Unternehmen Lieferanten aus der Kette ausschließen werden. Die Endverbraucher werden die Lieferkettenabrisse wie zuletzt in Zeiten von Corona unmittelbar am nicht verfügbaren Warenangebot zu spüren bekommen.

Gemeinsame Verantwortung für eine praxistaugliche Umsetzung

Eine Einführung zusätzlicher Bürokratielasten würde das Vertrauen in die europäische Regulierung weiter untergraben und den eigentlichen Zielen zur Beendigung der Entwaldung entgegenwirken. Deshalb plädieren wir Sozialpartner gemeinsam für eine substanzielle Vereinfachung der Verordnung für den in- und außereuropäischen Handel. Dies kann erreicht werden durch:

1. Beschränkung der Dokumentations- und Sorgfaltspflichten auf die Erstinverkehrsbringer
2. Entlastung der Unternehmen durch den Verzicht auf Weiterleitungspflichten und Mehrfachprüfungen in der nachgelagerten Kette
3. Einführung eines satellitengestützten Monitorings der globalen Entwaldung

Der Rat unter dänischem Vorsitz wird bereits ab dem **14. November 2025** über den Vorschlag der Kommission beraten. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, jetzt aktiv zu handeln. Als Sozialpartner stehen wir für Dialog, Verantwortung für unsere natürlichen Ressourcen und eine nachhaltige Transformation unserer Industrie. Aber wir tragen auch Verantwortung für unsere Standorte und unsere Beschäftigten. Dafür brauchen wir wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten und uns darin stärken, uns für den Erhalt der natürlichen Ressourcen einzusetzen. Wir stehen deshalb bereit, uns gemeinsam mit der Bundesregierung und den europäischen Institutionen für eine realistische Umsetzung der Verordnung einzusetzen.



Nadine Boguslawski
IG Metall



Johannes Schwörer
HDH